

Georg Leber plant keine Autobahnsteuer

Ein klärendes Wort zu einem Verunsicherungs-Versuch

Bundesverkehrsminister Georg Leber plant keine Autobahnsteuer. Doch der Versuchsballon, der am Donnerstag in der "Deutschen Verkehrszeitung" gestartet wurde, in Bonn plane man eine solche Gebühr, fand willige Aufnahme. Trotz eindeutiger Dementis durch den Minister am gleichen Tage vor der Bonner Presse, es sei "noch nicht einmal darüber nachgedacht worden", ob man "das will", wurde die Ente weiter aufgeblasen. Für Kritiker der Bundesregierung eine willkommene Gelegenheit, die Bevölkerung erneut verunsichern zu wollen. Nach den mißglückten "Enthüllungen" über ein angebliches Gromyko-Papier, das sich als "Montage" darstellte, mußte nun wieder einmal die Haushaltspolitik herhalten.

Georg Leber ist dafür bekannt, daß er seine Verkehrspolitik nicht den tagespolitischen Opportunitäten unterwirft. Sein "Leber-Plan" zur Sanierung der Deutschen Bundesbahn durch Neuordnung des gesamten Verkehrswesens in der Bundesrepublik ist trotz heftigster Angriffe der Fernfahrer-Lobby erfolgreich gestartet worden. Leber konnte am Donnerstag der Öffentlichkeit mitteilen, daß die Bundesbahn dabei ist, ihre Defizitte abzubauen und daß es leerstehende Waggon-Parks wie vor Jahren seit einigen Monaten nicht mehr gibt. Auch die Verwaltung der Bundesbahn wird nunmehr gegen die Einwände lokaler Interessengruppen gestreift. Durch den Wegfall von sechs Bundesbahndirektionen, der nunmehr vom Kabinett endgültig beschlossen wurde, werden jährlich immerhin 125 Millionen DM eingespart. Die mittelfristig angelegte Planung auf diesem Sektor macht sich nun bezahlt.

In gleicher Weise befaßt sich das Bundesverkehrsministerium mit allen Problemen, die sich aus der Harmonisierung des Straßenverkehrs innerhalb der EWG für die Bundesrepublik ergeben können. Es gehört zu den Aufgaben der entsprechenden Brüsseler Kommissionen, im Rahmen der Harmonisierung des Gesamtkomplexes Straßenverkehr auch die Besteuerung der Kraftfahrzeuge und die Finanzierung des Straßenbaues in den Mitgliedsländern einanderanzupassen. Für diese Diskussionen, die in den nächsten Jahren in Brüssel vertieft werden, läßt Georg Leber

gegenwärtig in seinem Ministerium alle Möglichkeiten und alle Vor- und Nachteile untersuchen. Hierzu gehört auch das Detailproblem einer Benutzungsgebühr für Autobahnen.

Der Bundesverkehrsminister hat in seiner Erklärung vor der Bonner Presse ausdrücklich darauf hingewiesen, daß eine Autobahngelbst nach italienischem und französischem Vorbild für die Bundesrepublik nicht infrage kommt. In den beiden Staaten beispielsweise ist nicht der Staat Träger der Autobahnen, sondern privatrechtliche Unternehmen. Diese haben den Bau der Autobahnen finanziert und erheben dafür Benutzungsgebühren. Bei uns werden die Autobahnen vom Staat gebaut und finanziert. Eine Übernahme des italienischen und französischen Systems lehnte Leber daher eindeutig ab. Dennoch gibt es Unterstellungen, die behaupten, der Bundesverkehrsminister habe Pläne, generell nach französischem und italienischem Muster eine Autobahngelbst einzuführen. Davon kann gar keine Rede sein.

Die Harmonisierung der europäischen Verkehrspolitik strebt eine gleiche Abgabenlast und Abgabenstruktur in allen Staaten der Gemeinschaft an. Damit soll erreicht werden, daß die Wettbewerbsbedingungen des Straßen-Güterverkehrs nicht durch unterschiedliche Steuerbelastungen verzerrt werden. Gegenwärtig sind die Steuern, die von deutschen Fernverkehrsunternehmen erhoben werden, zwar wesentlich komplizierter als beispielsweise in Frankreich. In der absoluten Höhe aber halten sie sich die Waage. Die Harmonisierung wird zu gleichen Steuern führen müssen, die gleiche Bemessungsgrundlagen in allen Partnerstaaten haben. Welche Rolle hierbei die Benutzungsgebühren für privatrechtliche Autobahnen spielen können, ist ein Problemkreis, den es rechtzeitig zu eruieren gilt. Leber hat hierfür den Auftrag gegeben.

Ob und wie sich die Partner eines Tages in Brüssel einigen werden ist noch völlig offen. Eine einfache Übernahme des italienischen und französischen Systems kommt für die Bundesrepublik nicht infrage. Das hat Leber klar zum Ausdruck gebracht. Wenn man dieses System in der gemeinsamen Beratung ablehnen will, muß man handfeste Argumente haben. Die aber wird der Bundesverkehrsminister nur bekommen, wenn er rechtzeitig alle Gesichtspunkte überprüfen läßt. Dazu gehört auch die Überlegung, welche Veränderungen durch eine Autobahngelbst in der Bundesrepublik aus fiskalischer Sicht zu erwarten wären. Dieser Überlegungen und nicht mehr galt der Auftrag des Bundesverkehrsministers an seine Experten.

Ludwig Nau

Spekulationen, die nicht aufgehen

Vertriebene keine "Speerspitze" gegen die Ostpolitik

Die Gegner der von der Bundesregierung Brandt/Scheel aktivierten und nun in ein entscheidendes Stadium vorgetriebenen Ostpolitik setzen ihre Hoffnungen auf die Millionenschar der Vertriebenen und Flüchtlinge.

Nichts ist aber verwerflicher als der Versuch, das Leid von Millionen und die Aufputschung nationalistischer Ressentiments ins politische Kalkül zu ziehen. Dieser Mißbrauch der Gefühle kann uns alle noch teuer zu stehen kommen. Dr. Becher von der Sudetendeutschen Landsmannschaft und Dr. Czaja vom BdV wissen ganz genau, daß sie mit ihren heißspornigen Reden das Los der Vertriebenen nicht um ein Jota erleichtern und daß sie ihnen auch nicht die Rückkehr in Gebiete ermöglichen können, die durch den von Hitler entfachten Zweiten Weltkrieg verloren gegangen sind. Beide Herren sprechen zwar vom Geist der Partnerschaft, sie berufen sich auf eine europäische Gesinnung und sie bekunden ihren Willen auch zur Aussöhnung und Verständigung mit unseren östlichen Nachbarn, aber in ihrem praktischen Verhalten ist von alledem nichts zu spüren, weil unselige Geister der Vergangenheit beschworen und Illusionen erweckt werden. Vokabeln wie Verzichtspolitik, Ausverkauf deutscher Interessen und Preisgabe nationaler Belange, kommen allzu leicht von den Lippen.

Doch die darauf begründete Spekulation, die Masse der Vertriebenen als "Speerspitze" im Kampf gegen die Ostpolitik gewinnen zu können, dürfte nicht in Erfüllung gehen. Die Wirklichkeit spricht dagegen. Die Vertriebenen, selbst Opfer politischer Verblendung und schrecklicher Verbrechen, sind in ihrer großen Mehrheit gefeit gegen neue politische Täuschungen. Gewiß gibt es auch unter ihnen Träumer und Phantasten, aber die gibt es ja auch bei den Nichtvertriebenen. Die anderen haben ein Gespür dafür, wer es mit ihnen aufrichtig und redlich meint und wer sie im politischen Spiel der Kräfte als innenpolitisches Schlaginstrument mißbrauchen will. Auch sie erstreben den Frieden, um, darauf bauend, die Zukunft für sich und die nachfolgenden Generationen sicherer zu gestalten. Ihr geschärfter Sinn für die deutsche und europäische Realität weist alle in die Schranken, die, bei jedes Wirklichkeitssinnes, den Ausgleich mit unseren Nachbarn zu torpedieren versuchen.

Niedersachsen, das Land mit der größten Zahl von Flüchtlingen und Vertriebenen, ist ein Beispiel dafür. Es entsandte eine sozialdemokratische Mehrheit in den Landtag. Demagogen kamen hier nicht zum Zuge, denn die Masse der Vertriebenen, schwer geprüft durch leidvolle Erfahrungen, erteilte ihnen eine Abfuhr. Auch sie wollen nicht, daß zwischen ihnen und den anderen Mitbürgern neue Klüfte aufgerissen werden, die all das in Frage stellen würden, was gemeinsam an Aufbauarbeit geleistet und an Vertrauen für die Bundesrepublik Deutschland in 25 Jahren gewonnen worden ist.

Albert Exler

Aktuelle Dokumentation des SPD-Pressedienstes

"Pax Christi"-Erklärung zur Ostpolitik

Die Internationale Katholische Friedensbewegung "Pax Christi" hat zur Ostpolitik der Bundesregierung eine Erklärung abgegeben, die von rd. 90 Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens und der Kirchen unterschrieben worden ist. Zu den Unterzeichnern gehören u.a. der Präses der Evangelischen Kirche im Rheinland, D.Dr. Joachim Beckmann, der Hauptgeschäftsführer der CDU-Sozialausschüsse Dr. Norbert Blün, die Oberkirchenräte Karl Immer und Dr. Heinz Kloppenburg, der Präses der Synode der Evangelischen Kirche Deutschlands, Prof. Dr. Ludwig Raiser, und Pater Franziskus Stratmann OP.

Die "Pax Christi"-Erklärung hat folgenden Wortlaut:

"Die Auseinandersetzung um die Ostpolitik der Bundesrepublik wird gegenwärtig fast völlig unter dem Gesichtspunkt nationaler Interessen und Rechte geführt. Dabei werden vielfach nationale Ressentiments geweckt. Aber auch dort, wo berechnete nationale Interessen zur Diskussion stehen, werden die Ziele der Entspannungspolitik allzu oft nur im Hinblick auf die Vergangenheit formuliert.

Unbestreitbar ist es Aufgabe der Ostpolitik, das Verhältnis zu unseren östlichen Nachbarn, das durch die Geschichte außerordentlich belastet ist, neu zu gestalten. Das allein erfordert große moralische Anstrengungen. Der Graben zwischen Ost und West ist zu tief, als daß er sich innerhalb weniger Jahre beseitigen ließe.

Doch Entspannung und Versöhnung gewinnen ihren Wert nicht nur dadurch, daß versucht wird, Vergangenheit aufzuarbeiten. Wir dürfen auch den Problemen der Gegenwart nicht aus dem Weg gehen, die in Bezug auf das Ost-West-Verhältnis eine sachliche und kritische Auseinandersetzung mit anderen Gesellschaftsordnungen erfordern. Ein vereinfachendes Freund-Feind-Verhältnis wird dieser Notwendigkeit nicht gerecht.

Vor allem liegen lebenswichtige Aufgaben der Zukunftssicherung vor uns, die ohne ein korrigiertes Ost-West-Verhältnis nicht lösbar

sind. Weiterhin gespannte Beziehungen binden erhebliche Rüstungsmittel und nehmen auch die politische Aufmerksamkeit so sehr in Anspruch, daß die notwendige politische Energie nicht freigesetzt werden können, die wir für die Lösung der auf uns zukommenden Probleme brauchen.

Ohne ein Mindestmaß an Kooperation zwischen östlichen und westlichen Industrienationen werden im nächsten Jahrzehnt Hunderte von Millionen Menschen vergeblich um ihr Lebensrecht auf dieser Erde kämpfen.

Eine Weiterentwicklung der technologischen Möglichkeiten wird nur dann humanen Zielen dienen, wenn die Technik in einer politisch entspannten Atmosphäre entmilitarisiert werden kann.

Nur Entspannung setzt die Mittel frei, die notwendig sind, um die Probleme der Urbanisierung, der Bildungsplanung und des Aufbaus einer gerechten Sozialordnung zu lösen.

Schließlich werden erhebliche Anstrengungen erforderlich sein, um zu verhindern, daß unsere Umwelt durch die Folgen der Zivilisation vergiftet wird.

Unsere Zukunft wird entscheidend von unseren Beiträgen zur Lösung der großen Menschheitsprobleme bestimmt. Das setzt Kooperation aller voraus. Die Bundesrepublik ist deshalb aufgerufen, auf dem Fundament enger Zusammenarbeit mit den Ländern der westlichen Welt den Ausgleich mit dem Osten zu einem entscheidenden Element ihrer Politik zu machen. Wer das Vaterland retten will, muß dessen Zukunft retten".

FEHLANZEIGE

JAHRGANG

25

ZEITUNGSNUMMER

136

DATUM

24. 07. 1970

Seite 3 fehlt ✓

